



Roma-Treffen
c/o Romane Aglonipe
Roma in Niedersachsen e.V.
Djevdet Berisa
Tel. 01520 – 278 93 99
romane.aglonipe@gmx.de
<http://romatreffen.wordpress.com>

**Herbst-Innenministerkonferenz 2009:
Die Guten ins Wartezimmer, die Schlechten ins Niemandsland
> Roma gehen einen weiten Weg für ihre Bürgerrechte <**

Hannover, 05.12.2009. Seit Monaten laufen Menschenrechts- und Flüchtlingsverbände, Kirchen und viele andere zivilgesellschaftliche Organisationen Sturm gegen die Flüchtlingspolitik der Innenministerkonferenz. Die Hartherzigkeit der Mehrheit der Innenminister der Bundesländer gegenüber Flüchtlingsfamilien, die seit mehreren Jahren in Deutschland leben, hier zu Hause sind und hier ihr Leben aufbauen wollen, findet immer mehr Widerspruch. Berichte über einzelne Schicksale finden in der Bevölkerung und den kleinen und großen Medien und Organisationen zunehmend Aufmerksamkeit.

Auch Roma-Gruppen werben zusammen mit Organisationen der Mehrheitsgesellschaft für ihre Forderung nach einem sicheren Aufenthalt. So mobilisieren die Romatreffen seit Oktober 2008 Roma-Familien und ihr zivilgesellschaftliches Umfeld, um ihre Forderungen zu bündeln. „Für ein Leben in Sicherheit und Würde“: Zur Herbst-Konferenz der Innenminister haben die Romatreffen ihren aktuellen Appell politischen Gremien wie den Landtagen in Niedersachsen und Bremen (Bürgerschaft) sowie dem Gastgeber der IMK, Innensenator Mäurer, vorgelegt. Der Appell wird u.a. vom Literatur-Nobelpreisträger Günter Grass unterstützt: „Schutzrechte für Roma gewähren!“.

Zur IMK in Bremen hatten die Romatreffen in mehreren Städten mobilisiert und Hunderte Roma mit ihren Familien waren zur Auftaktkundgebung am Beginn der IMK, Mi., 02.12.09, zur Bürgerweide gekommen. Als eine der größten Minderheitengruppen unter den ca. 100.000 Flüchtlingen in Deutschland, die ohne sicheren Aufenthalt hier leben, standen die Forderungen der Roma neben denen der Flüchtlinge aus Syrien, Irak und Iran ganz oben auf der Tagesordnung bei allen kritischen Veranstaltungen zur IMK in Bremen. Die bundesweite Initiative „Jugendliche ohne Grenzen“ veranstaltete parallel zur IMK eine Jugendkonferenz. Deren Hauptaktionen – Auftakt-Demonstration, Pressegespräch als Podiumsveranstaltung, Wahl des „Abschiebeministers 2009“ - fanden gutes Presse-Echo. Djevdet Berisa (Romane Aglonipe) für die Romatreffen u.a. Roma-SprecherInnen waren aktiv beteiligt.

Eine erste Zwischenbilanz

Die Mobilisierung der Roma-Gruppen und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für die Anliegen der Roma-Flüchtlinge ist in den letzten Monaten gewachsen. Neue Kontakte für eine nachhaltige Netzwerkarbeit sind entstanden. Auch viele Roma-Flüchtlinge werden aus dem Beschluss der Herbst-IMK in Bremen, das Bleiberecht auf Probe um zwei Jahre zu verlängern, Nutzen ziehen - diejenigen, die 2007/2008 für sich und ihre Familien die Voraussetzungen des 1. „Bleiberechts auf Probe“ erfüllen konnten und dieses rechtzeitig beantragt haben.

Insgesamt aber sind die Akteure dieser IMK zu fragen: „Auf welchem Planeten leben Sie?“. Deutschland gewährt Flüchtlingen Schutzrechte, beschränkt aber ca. 100.000 von ihnen auf einen engen Aktionsradius („Residenzpflicht“) ohne Entfaltungsmöglichkeiten und Zugang zu einer Arbeitserlaubnis – fordert dann aber „Integration“ und eigenes Einkommen!

Die Gesellschaft ist mit einem als negativ betrachteten „demographischen Wandel“ konfrontiert, es fehlt jetzt schon an Nachwuchskräften in Industrie und Handel – aber junge Familien mit Kindern und Jugendliche, die eine Ausbildung beginnen wollen, haben so gut wie keine Chance, weil sie nur mit dem Status der „Duldung“ im Lande sind, ausreisepflichtig, nicht dauerhaft erwünscht.

Viel zu viele Flüchtlinge blieben schon 2007/2008 bei der ersten halbherzigen „Bleiberechts-“ bzw. „Altfall-“ Regelung aussen vor. Die weitergehende Forderung, endlich eine einheitliche Lösung für alle Flüchtlinge zu schaffen, damit die endlosen „Ketten-Duldungen“ mit einer humanitären Geste beendet werden könnten, ein „Bleiberecht für alle“, fand schon 2007 keine politisch-parlamentarische Mehrheit.

Jetzt haben CDU- und SPD-Innenminister die Tür zum Wartezimmer noch einmal einen Spalt weit geöffnet: Das „Bleiberecht auf Probe“ wird unter bestimmten Voraussetzungen verlängert. „Ein fauler Kompromiss – oder der kleinste gemeinsame Nenner?“, fragt Radio Bremen eins in der Rundschau (04.12.09, 17 Uhr). Es ist beides: Der kleinste gemeinsame Nenner als fauler Kompromiss. Denn alle weiterhin nur geduldeten Flüchtlinge bleiben auch in Zukunft ausreisepflichtig. Falls in einzelnen Fällen eine Ausreise - aus verschiedenen Gründen - nicht möglich sein sollte, bleiben sie geduldet. Die „Kettenduldungen“ mit ihren inhumanen Folgen gehen weiter - sie sollten schon 2007 beendet werden.

Der Weg der Roma

Für die Roma-Flüchtlinge, insbesondere aus dem Kosovo, bedeutet das keine Verbesserung ihrer Situation. Zu erwarten ist, dass die Innenminister ihre Politik so umsetzen, wie Innenminister Schönemann das in der Landtagsdebatte am 26.08.09 in Hannover erklärte: Massenabschiebungen stehen nicht bevor, aber pro Jahr sollen aus Deutschland möglichst mehr als 2.500 Roma nach Kosovo abgeschoben werden.

Da die neuesten Berichte zur Lage der Minderheiten im Kosovo - vor allem der international beachtete Bericht der OSZE-Kosovo-Mission vom November 2009 - jedoch durchgehend vor zwangsweisen Abschiebungen nach Kosovo warnen, gibt es für die Roma-Gruppen und ihre Partner-Organisationen weitere gute Argumente, die in der lokalen und regionalen Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden müssen, um wenigstens einen temporären Schutz für Roma-Flüchtlingsfamilien zu bewirken.

Der Streit um ein „Leben in Sicherheit und Würde“ geht weiter!

Das nächste Romatreffen Ende Januar 2010 in Hannover wird Schritte für eine Protestaktion zum 8. April 2010 vorbereiten, dem „Internationalen Tag der Roma“. In Brüssel findet an diesem historischen Tag die 2. Roma-Konferenz der Europäischen Kommission (EC) statt.

Roma gehören zur grössten Minderheit Europas. Es wird höchste Zeit, dass auch die deutschen Innenminister ihre Schutzpflicht für die Roma-Minderheit ernst nehmen. Alle gesellschaftlichen Instanzen sind bereits von der 1. Roma-Konferenz der EC 2008 aufgefordert worden, konkrete Schritte zur Verbesserung der Lebenssituation der Roma zu unternehmen.

Die Androhung oder Durchführung von Deportationen ins Niemandsland gehören ganz sicher nicht zur Verbesserung der Lebensbedingungen für Angehörige der Roma-Minderheit!

Unsere Forderung bleibt: „Leben in Sicherheit und Würde“!